Tagesblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Abonnementspreis vierteljährlich M. 2.50 durch die Post M. 2.14. — Annahme von Ankündigungen Marienstr. 38 v. 8–3, Sonntags bis 12 Uhr. Im Verkauf: Gr. Kirchgasse 4, nur an Wochentagen bis 5 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg. Mit Vorzugsplatz oder nach Seite 1 30 Pfg. Unterm Strich (Eingesandt) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Vorderseite Zeile 20 Pfg. Eine Garantie für das rechtzeitige Erscheinen der Annoncen wird nicht gegeben. Rückzahlung Ankündigungskosten wegen Verhinderung durch Briefmarken oder Postanweisung.

Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.

Anfündigungen nehmen sämmtliche namhafte Vermittelungsstellen an.

Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

37. Jahrgang.
Aufl. 54,000 Stück.

Dresden, 1892.

G. H. Rehfeld & Sohn
Neust. Hauptstr. 24/26 Altst. König Johannstr 15.
Schutz-Marke Fabrik v. Contobüchern

Photographische Apparate für Amateure.
Preislisten gratis und franco.
Carl Plaul,
Dresden, Wettstrasse 25.

Ferd. Gerlach Nachfolger
Weinhandlung mit Probierstuben
Moritzstrasse 4. Fernsprechst. 321.
Gewähr für reine Naturweine.
Preislisten versende frei.

„Invalidendank"
Dresden, Seestrasse 6, I.
Fernsprechstelle 1117.
I. Annoncen-Expedition für alle Zeitungen.
II. Billet-Verkauf für die Dresdner Theater.
III. Kifferten-Controle unter Garantie.
IV. Collection der Sächs. Landeslotterie.

Oelfarben in Tuben für Kunst- und Decorationsmalerei.
Aquarellfarben trocken, halbfeucht und in Tuben.
Carl Tiedemann, Hoflieferant
Altstadt: Marienstrasse 10, Amalienstrasse 18.
Neustadt: Heinrichstrasse, „Stadt Görlitz".

Tapisserie-Manufactur C. Hesse, Altmarkt, Kgl. Hoflieferant,
empfiehlt Neuheiten in Schwedischen und Bulgarischen Stickereien in grosser Auswahl.

Nr. 59. Spiegel: Straßenkrawalle in Berlin. Hofnachrichten, Werkstattschulen, Verein gegen Armennoth, Gerichtsverhandlungen. Rede des Kaisers, Berliner Straßenunruhe. Tonkünstlerverein. | **Sonntag, 28. Februar.**

Politisches.

Die jüngsten Vorgänge in Berlin finden und verdienen ganz besondere Beachtung. An eine Versammlung von Arbeitslosen, in der ein sozialdemokratischer Führer die Rede des Kaisers zu demagogischer Aufreizung verwandte, schlossen sich die Ausschreitungen erregter Massen vor dem städtischen Rathhause und dem Königlichen Schlosse, denen Zusammenrottungen und theilweise recht wüste Ausschreitungen in den verschiedensten Vierteln des großen Berlin folgten. Auch der nächste Tag brachte ähnliche Ereignisse und es ist noch nicht abzusehen, ob sich dieselben nicht in größerem oder geringerem Maße wiederholen und so den Anfang einer Kette bilden werden, deren Ende vorläufig sich noch nicht übersehen läßt.

Es ist zunächst zweifellos, daß die Unruhen in Berlin, genau so wie jene in Wien und Rom, thatsächlich in erster Linie auf das verzweifelte Gefühl zurückzuführen sind, das den Hungernden, das den Frierenden erfüllen muß, wenn er aussichts- und hoffnungslos dem kommenden Tage entgegenschaut. Man darf sich über diesen Ursprung der Vorkommnisse nicht hinwegtäuschen wollen, denn es hieße die Politik des Vogels Strauß spielen, wollte man das Auge schließen gegen das thatsächlich vorhandene Elend, das vor Allem in den Großstädten die Massen bedrückt. Und wiederum darf man sich nicht verhehlen, daß gerade in den Centren des Landes der Gegensatz zwischen tiefstem Elend und einem zu raffinirtem Lebensgenuß führenden Reichthum am stärksten aufklafft; aus einem solchen Gegensatz aber wird vor Allem die Erbitterung geboren, die wir in den Wienen des Hungernden sich wiederspiegeln sehen, wenn er den Wohlhabenden im Ueberfluß schwelgen sieht. Die Lebensführung eines Sommerfeld oder eines Loewy muß aufreizender wirken, als zehn oder zwanzig aufwiegelnde Reden eines Agitators. Sämmtliche Berichte aus der Reichshauptstadt stimmen darin überein, daß es nicht etwa nur „Janhagel" gewesen, der sich in den Straßen Berlins zusammengerottet hat, sondern daß thatsächlich der erste Anlaß von Arbeitslosen ausging. Schon hierin liegt der zwingende Anlaß, die Sache nicht zu leicht zu nehmen oder sie mit einigen Redensarten vom „süßen Mob" abzuthun. Man wird vielmehr ein verstärktes Argument daraus gewinnen können für die Nothwendigkeit, in anderer Weise, als mit der manchesterlichen Schreibarbeit des grünen Tisches, für die Milderung der Gegensätze zu sorgen.

Es ist leicht möglich, daß sich die Ereignisse in Berlin wiederholen. Es mag sein, aber man darf auch nicht vergessen, daß der Boden für ähnliche Erscheinungen zunächst nur in den Großstädten geebnet ist. Wenn der Blick besorgt auf das platte Land schweift, so wird er von dort noch beruhigt sich zurückwenden können, und hoffentlich werden die Wirkungen der Verhandlungen vom Dezember auch hier die Dinge nicht ändern. Aber man wird gerade aus dem Umstande, daß in den Großstädten die Noth der Arbeitslosigkeit zu Excessen treibt, während auf dem Lande immer wieder vergeblich die laute Klage um mangelnde Arbeiter ertönt, die Lehre zu ziehen haben, daß mit dem manchesterlichen Geschwätz von dem Rechte des Einzelnen, zu hungern und zu dürsten, wo er will, aufgeräumt werde. Selbst ein freisinniges Blatt Berlins schlägt bereits an seinen Busen und verlangt eine schärfere Anwendung jener Gesetze, die den Zuzug Mittelloser zu den Centren abhalten sollen. Solche Forderungen sind von nationaler und konservativer Seite längst gestellt worden, sie wurden jedoch gerade von der manchesterlichen Presse, die im Trüben fischen will, und von der Sozialdemokratie, die aus der Verstärkung des Elends Anhänger ihrer Lehre zu züchten wünscht, auf das Heftigste bekämpft, indem das Schlagwort einer „Beschränkung der Freizügigkeit" als mittelalterlicher Popanz benutzt wurde. Allerdings mögen die Hausirer, die dem Freisinn und seinen Freunden so nahe stehen, daß sie der brave Lasker als die Edelsten und Besten der Nation bezeichnete, über eine derartige Beschränkung wimmern, aber schließlich sind wir trotz Allem doch noch keine Nation von Hausirern und Wanderlagerinhabern. Eine trotz alles Ernstes doch immerhin scherzhafte Ironie liegt ja auch in dem Umstande, daß es gerade die freisinnige „Musterverwaltung" Berlins, über die erst neulich so erbauliche Enthüllungen gemacht wurden, sein mußte, der in den Ausschreitungen des Massenelends das Brandmal des Bankerotts an die Stirn geheftet wird.

Daß die Stimmung der Arbeitslosen verschärft wurde durch die sozialistische Agitation, daß die Ausschreitungen derselben in gewissem Sinne auf das Conto der rothen Internationale fallen, ist zweifellos. Sie mag nachher in Zeitungsartikeln die Augen verdrehen und so thun, als ob sie das Roth ihrer Ueberzeugung plötzlich mit dem Unschuldsweiß der Engelsgeduld vertauscht hätte, so wird sie sich dennoch nicht rein waschen können. Und so sehen wir denn auch Schaaren der Tumultuanten unter Vorantragung rother Taschentücher als Fahnen durch die Berliner Straßen ziehen, wir hören, wie man die Arbeitermarseillaise anstimmt und unter Absingung des Liedes „Uns're Fahn' ist roth" den Weg nach dem Schloßplatz antritt. Als die „Damen der Halle" vor hundert Jahren den Weg nach Versailles antraten, als später der Leib der schönen Prinzessin Lamballe durch die Straßen geschleift wurde, da durften die Männer der Bergpartei wohl nachträglich klagen, daß sie es anders gewollt, aber sie konnten vor der Geschichte die Verantwortung nicht von sich weisen. Wenn heute systematisch ganze Klassen des Volkes gegeneinander gehetzt werden, so wird auch der Ausbruch des Hasses, so wird die schließliche Frevelthat nicht von der Seele des Hetzers zu nehmen sein.

Daß sich um den Kern der demonstrirenden Arbeitslosen schließlich die Hefe der Bevölkerung krystallisirt hat, daß jener Theil jeder großstädtischen Bevölkerung sich eilig herbeiland, der in seinen Höhlen lauert, wie der Schakal auf die Beute, das soll und darf nicht geleugnet werden. Wir haben sie ja neulich aus dem Prozeß Heinze kennen gelernt, die Männer „mit der Ballonmütze und dem seidenen Halstuch", den Bodensatz der Großstadt, wir treffen sie wieder in allen Gerichtsverhandlungen, die sich mit Messerstechern und „Leichenfledderern" beschäftigen. Sie bilden den entgegengesetzten Pol zu dem höheren Gauner- und Zuhälterthum, das wir aus den Depotunterschlagungen ebensogut wie aus der Affaire Prager kennen lernten. Diese Elemente, die man als „Rowdies" noch wohlwollend charakterisirt, sind es, welche die Gelegenheit benutzen, um zu rauben und zu plündern. Denn nicht die Zerstörungslust, die bei jedem Tumult lebendig wird, war in den letzten Tagen in Berlin erwacht, man begnügte sich nicht damit, Fensterscheiben einzuwerfen und Ladenthüren zu zertrümmern, sondern man brach auch in Geschäfte ein, plünderte und stahl, und auf den Straßen sah man Weiber mit ganzen Säcken voll geraubter Gegenstände einen schwungvollen Handel treiben. Auch der dem Rowdiethum angeborene Haß gegen den Schutzmann kam zum deutlichsten Ausdruck. Nur durch Zufall wurde es verhindert, daß ein pflichttreuer Beamter dieser Kategorie nicht von der fanatischen Menge ertränkt wurde. Das waren eben andere Elemente als jene, die vor dem Rathhause und vor dem königlichen Schlosse demonstrirten oder die vor das Palais der Kaiserin Friedrich zogen, um auch dort den Ruf nach Arbeit und Brot ertönen zu lassen.

Die erneuten Maßregeln, welche zur Abwehr seitens der Sicherheitsbehörden in Berlin getroffen wurden, scheinen Anfangs nicht von jener Energie beseelt gewesen zu sein, mit der sonst Straßen und Bahnhöfe abgesperrt werden, wenn es sich um erfreuliche Ereignisse handelt. Die Polizei scheint von der bevorstehenden Demonstration gar nicht unterrichtet gewesen zu sein und auch, als es sich um die Zusammenziehung ihrer Kräfte handelte, einen zu schwerfälligen Apparat angewendet zu haben. Als sie jedoch in Aktion getreten war, da hat sie mit anerkennenswerthem Takte gehandelt und, wie es scheint, nach Kräften Alles vermieden, was die Leidenschaften noch mehr hätte erhitzen können. Es wird in diesem Umstand der Grund dafür zu suchen sein, daß die Ausschreitungen bisher keinen allzuscharfen Charakter annahmen. Erfreulich ist es zudem, daß das Militär, das mit scharfen Patronen versehen worden war, keinen Grund zum Einschreiten erhielt; denn stärker als Elend und Noth spornt das vergossene Blut den Menschen zum Haß und zur Gewaltthat.

Und die Generallehre? Zunächst natürlich strenges Vorgehen gegen das Rowdiethum. Es wäre wünschenswerth, daß gegen die grünen Jungen und leichtfertigen Mädchen, die den Ausschreitungen ihr eigenartiges Gepräge geben, energisch und, wie in England, mit abgekürztem Verfahren vorgegangen würde. Und den Nothleidenden, den Arbeitslosen gegenüber? Das gerade Gegentheil von dem zu thun, was die freisinnig-manchesterlichen Behörden von Berlin thaten. Wie handelten diese? Folgender kurze Bericht predigt mehr, als Stöße von Akten: In der Versammlung der Arbeitslosen berichtete der Vorsitzende Rohe über den Erfolg der seinerzeit an den Oberbürgermeister v. Forckenbeck seitens einer Versammlung von Bauarbeitern abgesandten Abordnung. Die Abordnung sollte dem Oberbürgermeister über die im Arbeiterstande, besonders im Baugewerbe, herrschende Nothlage berichten und um Abhilfe bitten, besonders sollte sie ihn auf die planmäßige Heranziehung auswärtiger Bauarbeiter nach Berlin aufmerksam machen, wodurch den Einheimischen die Arbeit entzogen und der Lohn gedrückt würde. Die Abordnung sei zuerst in der Privatwohnung des Oberbürgermeisters v. Forckenbeck gewesen, von dort aber nach dem Rathhause gewiesen worden, wo ihnen die Mittheilung wurde, daß sich der Oberbürgermeister in der Sache gar nicht sprechen lassen würde. Bürgermeister Zelle habe sie aber empfangen, sein lebhaftes Mitleid über die Lage der Arbeiter ausgedrückt und bedauert, nichts dabei thun zu können. Baurath Blankenstein sei der Chef der Bauverwaltung, an den sollte sich die Abordnung wenden. Herr Blankenstein erklärte, daß er in der Sache nichts ändern könne. Die Verträge seien mit den Bauunternehmern abgeschlossen, die könnten machen, was sie wollten. Er wolle aber an die verschiedenen Baudeputationen schreiben, bei den Bauten doch hauptsächlich die Berliner beschäftigungslosen steuerzahlenden Familienväter zu berücksichtigen. Ob es was helfen würde, meinte der Herr Baurath, bezweifle er allerdings. — Daß in diesen Berliner Köpfen der soziale Gedanke nicht Boden finden kann! —Li.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 27. Februar.

* **Berlin.** Die Zusammenrottungen dauerten Abends im Norden der Stadt noch fort. In der Rosenthaler Straße kam es wiederholt zu Zusammenstößen mit der Polizei; letztere trieb die Menge gewaltsam auseinander.

* **Paris.** Das Ministerium ist endgiltig wie folgt zusammengesetzt: Loubet Präsidium und Inneres, Ricard Justiz, Viette Arbeiten, Cavaignac Marine, Freycinet, Ribot, Roche, Develle, Rouvier und Bourgeois behalten ihre bisherigen Portefeuilles.

Berlin. Reichstag. Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Abg. Möller (nl.), daß seine neulich in der Debatte gemachte Angabe, Redakteur Fusangel sei wegen Verleumdung verurtheilt, eine irrige gewesen; es sei nur die Anklage wegen Verleumdung wider ihn erhoben gewesen. Dann wird in die Berathung des Marineetats eingetreten (Referent Abg. v. Kosciełski). Beim Kapitel Rechtspflege bringt Abg. Metzger (soz.) Mißhandlungen in der Marine zur Sprache. Am 11. September sei in Wilhelmshafen ein Mann, weil er sich von der Arbeit gedrückt, mit einem dünnen Tau zusammengeschnürt und über Bord gehängt worden. Für einen einzelnen ungeschickten oder malpropren Mann lasse man häufig die ganze Mannschaft leiden, die sich an dem Manne in grausamer Weise rüche. Man spanne ihn über eine Kanone, und prügele ihn mit einem Tau, wobei man singe: „Wir winden Dir den Jungfernkranz". Viceadmiral v. Denk habe diese Exekutionen in einem Werke über das Leben zur See selbst beschrieben. — Staatssekretär v. Hollmann: Der erste Fall sei ihm nicht bekannt. Eine Strafe wie die geschilderte giebt es in der Marine nicht. Was den zweiten Fall anlange, so handle es sich um ein Vergehen der Mannschaft gegen Leute, die ihren Urlaub überschritten hatten, um so die ganze Mannschaft um ihren Urlaub zu bringen. Um eine ordnungsmäßige und gestattete Strafe handle es sich nicht und die Leute, die die Exekution vollzogen, seien noch zur Verantwortlichkeit gezogen worden. Die Disziplin erfordere, daß die Vorgesetzten das Recht, zu strafen, nicht aus der Hand geben. — Abg. v. Henk (kons.): Die von Metzger citirte Schilderung rühre nicht aus seiner Feder, sondern aus der des Viceadmirals von Werner. — Abg. v. Vollmar (soz.): Dadurch, daß der Mannschaft angedroht werde, sie würde keinen Urlaub mehr bekommen, wenn wieder Urlaubsüberschreitungen vorkämen, habe man sie indirekt aufgefordert, an ihren Kameraden Rache zu nehmen. Man solle jeden Offizier in seinen speziellen Wirkungskreis für jede in demselben vorkommende Mißhandlung verantwortlich machen. Das würde Soldatenmißhandlungen wirksamer begegnen, als allgemeine Reskripte. — Beim Kapitel Militärpersonal beantragt die Kommission statt 37 nur 34 Kapitäne zur See, 66 nur 67 Kapitänleutnants zweiter Klasse, statt 210 nur 202 Leutnants zur See und statt 147 157 Unterleutnants zur See zu genehmigen. — Abg. Richter (frs.) beantragt weitere Streichungen, anstatt 58 sollen nur 20 neue Deckoffiziere bewilligt, auch soll ein Theil der Personalvermehrungen bei der Matrosendivision und den Werftdivisionen abgesetzt werden. — Abg. Metzger (soz.) fragt, ob es richtig sei, daß Marinemannschaften zum Kohlenabladen und Erdarbeiten ꝛc. abkommandirt würden. — Staatssekretär Hollmann erklärt, daß dies nicht statthaft sei. Die Fälle auf die Metzger Beziehung genommen, seien ihm nicht bekannt. — Ab. Richter (frs.): Der Etat nehme eine Personalvermehrung von 1137 in Aussicht, mehr als je zuvor. Sein Antrag reducire diese Vermehrung um 224 Köpfe. Die eingestellte Personalvermehrung sei gewissermaßen nur die erste Rate. Die gesammte Personalvermehrung, welche wir innerhalb der nächsten vier Jahre zu gewärtigen haben, würde 500 betragen. Sage man heute A, so werde man später im Weiterbuchstabiren nicht einhalten können. Die Beziehung von Helgoland könne aus den jetzigen Antragsbeständen gedeckt werden. Neuforderungen für Indienststellungen seien von der Kommission abgelehnt worden. Die Cadres der Schlachtschiffe und des Kreuzergeschwaders könnten ebenfalls aus dem bisherigen Personalbestande ergänzt werden. Die Linke habe die Bedeutung der Marine nie verkannt, aber sie könne ihr keine andere Stelle zugeitchen als die, welche ihr in der Vertheidigung des Landes zukomme. — Abg. Fritzen (Ctr.) stimmt Richter bei, daß die Marine gegenüber der Landarmee eine sekundäre Stellung einnehme. Ihre Bedeutung sei eine defensive. Trotzdem stimme er mit seinen Freunden der geforderten Personalvermehrung im Rahmen der Kommissionsbeschlüsse zu. Es handle sich dabei um eine Konsequenz der früheren Bewilligung neuer Schiffsbauten sowie der Befestigung von Helgoland. Auf die Dauer werde es auch nicht möglich sein, daß das Reich die südamerikanische Station unbesetzt lasse. Die Bemannung der Schlacht- und Kreuzerflotte müsse schon in Friedenszeiten eine ausreichende sein, damit es im Kriegsfalle nicht an geübten Kräften fehle. Das Centrum wolle mit seiner Zustimmung zu der Personalvermehrung seine zuwartende Haltung der Marine gegenüber nicht aufgeben. — Abg. Freiherr v. Stumm: Es gebe keine bessere Kapitalanlage für das Deutsche Reich als dessen Verstärkung zu Lande sowohl wie zu Wasser. Er verkenne nicht die Opfer, die wir bringen müßten, aber er wolle nicht die Verantwortung dafür tragen, daß im entscheidenden Momente nur ein Mann, eine Kanone oder ein Schiff fehle. Die Opfer seien noch klein gegenüber den Opfern, die uns ein unglücklicher Krieg auferlegen würde. — Staatssekretär v. Hollmann rechtfertigt die Mehrforderung. Auf Helgoland solle nur eine halbe Kompagnie stationirt werden. Bei Ausbruch eines Krieges dürfte nur ein Theil der Schulschiffe in der Heimath weilen. Soweit dies der Fall, würden dieselben natürlich herangezogen werden. Das Personal der Schlachtschiffe und der Kreuzer müsse in Friedenszeiten sich an das Schiff gewöhnen und auf demselben eingeübt sein. (Prinz und Prinzessin Heinrich v. Preußen wohnen auf der Tribune der Verhandlung bei.) — Abg. Richter (frs.) Herr v. Stumm habe ganz allgemeine Gründe angeführt, wie sie etwa bei der ersten Berathung des Etats am Platze sein möchten. Welche persönlichen Gründe konnten Herrn v. Stumm dazu veranlaßt haben? Er thue, als ob es sich um eine Lappalie handele. Wenn auf gewisse Großindustriellen zugestandene Eisenbahnvergünstigungen und auf das Geschenk an die Schnapsbrenner verzichtet würde, so ließe sich darüber reden. Man übertreibe. Wenn ohne die 900 Mann, um die es sich hier handele, Deutschland schutzlos wäre, dann sei es allerdings schlimm bestellt. — Reichskanzler v. Caprivi: Die Anforderungen an Stellung von Schiffen auf auswärtigen Stationen werde infolge der Entwickelung unseres Handels und aus politischen Gründen mit der Zeit doch zunehmen. Wo der auswärtige Handel Deutschlands sich niederlasse, werde ein Schutz desselben erforderlich sein, wenn es auch nicht möglich sein werde, jedem Kauffahrteischiff ein Kriegsschiff zur Seite zu stellen. Es dürfe dies nicht unberücksichtigt bleiben, zumal wir des auswärtigen Handels bedürfen. Bei einem nächsten Kriege könne sehr wohl der Marine trotz ihrer sekundären Stelle die Entscheidung zufallen, vorausgesetzt, daß sie rasch sei. Bei einer Seeschlacht entscheide das erste Treffen. Wir müssen daher im Stande sein, dem Gegner mit so viel Schiffen als möglich zuvorzukommen. — Abg. Freiherr v. Stumm (Rp.): Er habe allerdings einen prinzipiellen Standpunkt ausgesprochen, von dem aus er diese, wie andere Forderungen für die Sicherheit des Landes bewillige. Aber Richter habe ja auch allgemeine Aeußerungen über die Marine gemacht. Wo wären wir hingekommen, wenn es nach der Fortschrittspartei gegangen wäre? Was würde 1869 aus Preußen geworden sein? — Abg. Richter (frs.): Die Fortschrittspartei habe niemals Mittel zum Siege verweigert, denn es seien ihr keine abgefordert worden. Ohne die Hartnäckigkeit Roon's wäre damals der Konflikt vermieden worden, denn die Fortschrittspartei verlangte nur die 2jährige Dienstzeit (Heiterkeit). Es ist dies dasselbe, was jetzt die Regierung als richtig zu erkennen beginne, wie die Versuche in Spandau ꝛc. zeigen. Redner wendet sich dann gegen den Reichskanzler. Nach der Stellung Sansibars unter englischem Schutz sei die deutsche Marine in Ostafrika entlastet. Nachdem ferner die Protektoratsfrage über Samoa beseitigt sei, bedürfen wir auch dort keiner Schiffe mehr. Man könne daher mit einer geringeren Anforderung an Schiffe rechnen. — Abg. Dr. Buhl (nl.) widerspricht dieser Annahme und befürwortet die Personalvermehrung im Rahmen der Kommissionsbeschlüsse. — Das Kapitel Militärpersonal wird mit den von der Kommission beantragten Abstrichen, aber unter Ablehnung des Antrags Richter angenommen. — Beim Kapitel Indienststellung der Schiffe und Fahrzeuge werden gestrichen: An Seezulagen 161,960 Mk., an Lootsen- und Hafengeldern 17,180 Mk. und an Kosten für Instandhaltung und Reparatur der Schiffe ꝛc. 457,385 Mk. — Abg. Richter beantragt weitergehende Abstriche von den Kosten für Instandhaltung und Reparatur der Schiffe. Der Antrag wird abgelehnt. Das Kapitel

„Hotel Fürst Bismarck"
An der Frauenkirche 22 und Neumarkt 5.